

Linksextremismus

3. Linksextremismus

3.1	Mitglieder-Potenzial.....	140
3.2	Einführung	141
3.3	Aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus	142
3.4	Autonome/Postautonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	146
3.5	Anarchisten	177

3.1 Mitglieder-Potenzial⁶⁴

Linksextremismus-Potenzial Bundesrepublik Deutschland	2019	2020
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	25.300	
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten ⁶⁵ sowie Anarchisten ⁶⁶	9.200	
Summe	34.500	
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	33.500	
Davon gewaltorientierte Linksextremisten ⁶⁷	9.200	
Linksextremismus-Potenzial Niedersachsen ⁶⁸	2019	2020
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	425	430
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten sowie Anarchisten ⁶⁹	780	790
Summe	1.205	1.220

64 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

65 In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

66 Das Mitglieder-Potenzial umfasste auch bisher schon die Anarchisten, ohne diese ausdrücklich zu nennen.

67 Bis 2013 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz bei der Darstellung des Personen-Potenzials ausschließlich die Anzahl der gewaltbereiten Linksextremisten ausgewiesen. Ab 2014 gibt es nunmehr die Anzahl gewaltorientierter Linksextremisten an, in der die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten als Teilmenge enthalten ist.

68 Die für den Bund eingefügte Fußnote gilt entsprechend auch für Niedersachsen. Auf den Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Höhe von circa zwei Prozent wie beim Bund ist verzichtet worden.

69 Das Mitglieder-Potenzial umfasste auch bisher schon die Anarchisten, ohne diese ausdrücklich zu nennen.

3.2 Einführung

Für die Ideologie des deutschen Linksextremismus sind die beiden ideengeschichtlichen Grundströmungen des 19. Jahrhunderts, Marxismus und Anarchismus, von fundamentaler Bedeutung. Linksextremisten greifen die in der amerikanischen Menschenrechtserklärung von 1776 und die in der Französischen Revolution von 1789 proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den demokratischen Rechtsstaat z. T. auch auf revolutionärem und gewaltsamem Wege überwinden, um ihn durch eine klassenlose bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft zu ersetzen.

Kommunistische Gruppierungen wollen das bestehende politische System zerschlagen und streben über die Errichtung einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer „proletarischen Avantgarde“ das Absterben des Staates und seine Ersetzung durch eine klassenlose Gesellschaft an. Marxistisch-Leninistische Organisationen wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), aber auch die extremistischen Teile der Partei DIE LINKE. halten daher an der Idee einer Revolution der Arbeiterklasse fest. Demgegenüber propagieren anarchistische Gruppierungen die Überwindung des bestehenden politischen Systems auf dem Wege massenhaften zivilen Ungehorsams⁷⁰ und „vorbildhafter“ Selbstorganisation. Da Anarchisten generell den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten ablehnen, streben sie unmittelbar nach einer erfolgreichen Revolution eine herrschaftsfreie Gesellschaft an. Linksextremistische Organisationen stimmen in der Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der bestehenden Verhältnisse überein, die das internationale Zusammenwirken aller revolutionären Kräfte erfordert (Internationalismus). Kommunismus und Anarchismus unterscheiden sich in der Bewertung der Freiheitsrechte. Überdeckt der übersteigerte Gleichheitsbegriff kommunistisch ausgerichteter Organisationen die individuellen Freiheitsrechte, lehnen anarchistische Gruppierungen staatliche Organisationen, Machtstrukturen und Hierarchien generell ab. Beide orientieren sich an der Utopie einer klassen- bzw. herrschaftsfreien Ordnung, d. h. an

⁷⁰ Ziviler Ungehorsam ist insbesondere bei den „gewaltfreien“ Anarchisten der Verstoß gegen ein Gesetz aus Gewissensgründen; dabei wird bewusst in Kauf genommen, dafür bestraft zu werden.

dem Ideal von der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, religiösen und kulturellen Zwängen. Anarchisten, die in ihrem konkreten politischen Handeln diesen utopischen Entwurf vorzuleben versuchen, verneinen auf Machtstrukturen beruhende Zwischenstadien zur Realisierung dieser klassenlosen Gesellschaft wie die von Kommunisten angestrebte Diktatur des Proletariats. Das westliche Gesellschaftsmodell, d. h. die soziale Marktwirtschaft sowie der demokratische Rechtsstaat und die ihn repräsentierenden Mächte, allen voran die USA und ihre Verbündeten sowie westlich geprägte Bündnissysteme wie die NATO und die Europäische Union (EU), stehen für den Gegenentwurf zum ideologischen Weltbild der Linksextremisten und sind so eines ihrer zentralen Feindbilder. Die linksextremistische Kritik konzentriert sich vor allem auf die (internationalen) Großkonzerne, die NATO und ihre Führungsmacht, die USA. Die Verantwortung für internationale Konflikte und Krisen verorten sie im Westen. Die wechselweise als kapitalistisch oder neoliberal bezeichnete westliche Wirtschaftsordnung wird grundsätzlich als Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgelehnt. Linksextremisten wollen dem ihrer Meinung nach „entfesselten Kapitalismus“ Einhalt gebieten und fordern, wie z. B. die „Interventionistische Linke“ (IL) auf ihrer Internetseite, „Make capitalism history!“.

3.3 Aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus

Die Entwicklung des Linksextremismus wurde auch im Berichtsjahr 2020 von der autonomen Szene bestimmt. Als Reaktion auf die bereits seit den 1990er Jahren zunehmende interne Kritik an der Theorieferne, der Unorganisiertheit und der Selbstbezogenheit der autonomen Bewegung sind Teile der autonomen Szene weiter bestrebt, der Ideologie-, Organisations- und Bündnisfrage mehr Raum zu geben. Vor diesem Hintergrund sind in den letzten Jahren bundesweit verschiedene sich als postautonom verstehende Bündnisse entstanden. Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, greifen „Autonome“, insbesondere „Postautonome“, Themen auf, die bis

weit in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind und viele Menschen zum zivilgesellschaftlichen Engagement herausfordern. Dabei wännen sie sich im Einklang mit der Mehrheitsgesellschaft. Insofern ist der nunmehr auch im Rechtsextremismus konstatierte Prozess einer Entgrenzung für den Linksextremismus schon lange Realität. Im Gegensatz zum demokratischen Protest, der frei ist von systemüberwindenden Forderungen, basiert der linksextremistische auf ideologischen Grundannahmen, für die eine prinzipielle Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik und seiner Wirtschaftsordnung kennzeichnend ist. Linksextremisten dienen Themen wie „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antigentrifizierung“, „Antirassismus“ oder der Einsatz für den Klimaschutz daher vor allem als Plattform für ihr eigentliches Ziel, den Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat. Auch niedersächsische Linksextremisten sind in diesen Themenfeldern aktiv, wobei der „Kampf gegen den Faschismus“ und gegen den „Kapitalismus“ für sie im Vordergrund steht, denn erst wenn der Kapitalismus als „Wurzel allen Übels“ überwunden ist, lassen sich ihrer Auffassung nach alle anderen gesellschaftlichen Probleme lösen.

Die Corona-Pandemie hat 2020 in einem bislang noch nicht dagewesenen Ausmaß das öffentliche Leben in der Bundesrepublik und somit auch das in Niedersachsen zum Erliegen gebracht. So wurden bereits zu Beginn der Pandemie Kontaktbeschränkungen eingeführt und Demonstrationen weitgehend untersagt. Die maßgeblichen Autonomen Zentren in Niedersachsen haben seitdem geschlossen. Veranstaltungen und regelmäßige Treffen der autonomen Szene konnten deshalb nicht mehr stattfinden. Bundesweite Großereignisse wie die länderübergreifende Militärübung „DEFENDER Europe 2020“ wurden abgebrochen, der für März vorgesehene Castor-Transport durch Niedersachsen ins atomare Zwischenlager im hessischen Biblis auf Anfang November verlegt. Der für Mitte September geplante EU-China-Gipfel in Leipzig ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Dadurch fehlten der autonomen Szene zugleich die Themen und insbesondere die Möglichkeiten, um öffentlichkeitswirksam auf sich und ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Zwar beteiligten sich auch Linksextremisten an den Protestaktionen gegen Veranstaltungen von Corona-Leugnern, die Kontaktbeschränkungen führten aber dazu, dass sich die

autonome Szene weitgehend auf den Austausch über Soziale Medien, Messenger-Dienste und andere Kommunikationsplattformen beschränkte. Mit der vorübergehenden, schrittweisen Aufhebung der coronabedingten Einschränkungen öffneten einzelne Autonome Zentren wieder, Treffen sowie Veranstaltungen konnten bis zum zweiten Teil-Lockdown ab November 2020 eingeschränkt wieder durchgeführt werden. Insgesamt wurden die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie von der linksextremistischen Szene Niedersachsens grundsätzlich als „derzeit legitimiert“ anerkannt, jedoch mit der Warnung vor einer Ausweitung und Verschärfung von repressiven Maßnahmen des Staates wie einer unbegrenzten Verlängerung der bisher angeordneten Maßnahmen, einer Aufweichung von Grundrechten oder einer Ausweitung der Überwachung verbunden.

Die linksextremistisch motivierten Übergriffe auf Funktionäre der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) und die virulente Gewalt gegenüber Rechtsextremisten bzw. denjenigen, die Linksextremisten dafür halten, bildeten auch 2020 einen Schwerpunkt der linksextremistischen Aktivitäten. So beleidigten unbekannte Täter in Emden ein Mitglied der AfD als „scheiß Nazi“ und verletzten das Opfer im weiteren Tathergang mit einem Messer. Ferner gewinnt das Thema „Antigentrifizierung“ auch für die niedersächsische autonome Szene zunehmend an Bedeutung, wie die Übergriffe auf Einrichtungen und Fahrzeuge von Immobilienfirmen zeigen. Der Kampf gegen Rassismus hat vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen mehr Gewicht bekommen. Der Farbanschlag auf die Fassade des Gebäudes der CDU Region Hannover und die Zerstörung der Scheiben der Hannoveraner Ausländerbehörde zeigen das.

Diese Ereignisse unterstreichen in der Gesamtschau, dass die Hemmschwelle von Linksextremisten zur Anwendung von Gewalt – auch gegenüber Menschen – weiterhin niedrig ist. Darüber hinaus fällt

auf, dass die autonome Szene auch künftig die Klimaschutzproblematik thematisiert und versucht, an die nichtextremistische Klimaschutzbewegung anschlussfähig zu werden. Beispielhaft sei hier nur die Fridays for Future-Bewegung genannt.⁷¹

Im Bereich des parteigebundenen Linksextremismus setzte sich die zunehmende politische Bedeutungslosigkeit der orthodox marxistisch-leninistisch ausgerichteten Parteien „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) 2020 weiter fort. Neben kontinuierlich schwachen Wahlergebnissen von deutlich unter einem Prozent⁷² leiden beide Parteien unter einer massiven Überalterung ihrer Mitglieder. Zudem stagnieren die Mitgliederzahlen beider Parteien seit Jahren auf niedrigem Niveau. Sowohl die DKP als auch die MLPD sind in der niedersächsischen Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar und werden für die Beurteilung des linksextremistischen Gesamtpotenzials nur eine untergeordnete Rolle spielen.



Die zwei offen extremistischen Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE., die „Kommunistische Plattform“ (KPF) und die „Antikapitalistische Linke“ (AKL), streben nach wie vor, wenn auch in unterschiedlicher Ausführung und Intensität, die Überwindung der bestehenden politischen Ordnung der Bundesrepublik an und wollen diese durch ein sozialistisches bzw. kommunistisches System ersetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen sie Einfluss auf das politische Profil der Partei DIE LINKE. und deren inhaltliche Ausrichtung zu nehmen. So beteiligen sich ihre Mitglieder beispielsweise mit eigenen Delegierten an den Parteitag der Partei DIE LINKE. und bringen sich dort mit eigenen Anträgen ein. Diese Vorgehensweise dient ihnen dazu, die Deutungshoheit bei bestimmten Themen, wie beispielsweise den Umgang mit der SED-Diktatur, zu erlangen. Aus diesem Grunde geht der Niedersächsische Verfassungsschutz davon aus, dass die beiden extremistischen Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE. auch 2021 versuchen werden, Einfluss auf ihre Partei in Niedersachsen zu ausüben.

⁷¹ Siehe im Einzelnen Kapitel 3.4, Abschnitt „Klimaschutz“.

⁷² DKP – Bundestagswahl 2017: 0,0 Prozent; Landtagswahl 2017: nicht angetreten; MLPD – Bundestagswahl 2017: 0,1 Prozent; Landtagswahl 2017: nicht angetreten.

Ausblick

Vor dem Hintergrund des Auftretens rechtspopulistischer Parteien und rechtsextremistischer Gruppierungen wird der Antifaschismus auch 2021 im Mittelpunkt linksextremistischer Aktivitäten in Niedersachsen stehen. Setzt sich die Wohnraumumgestaltung so massiv wie bisher fort und bleibt die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiterhin so angespannt wie in den letzten Jahren, so muss auch künftig mit Übergriffen auf Immobilienunternehmen und ihre Mitarbeiter gerechnet werden. Gelingt es der Klimaschutzbewegung, die Menschen auch künftig bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren, so kann davon ausgegangen werden, dass auch die linksextremistische Szene weiterhin den Anschluss an diese Bewegung suchen wird, um sie für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Die Entwicklungen des Jahres 2020 zeigen, dass in Niedersachsen kontinuierlich Gewalttaten durch die linksextremistische Szene verübt werden. Auch im Jahre 2021 ist daher davon auszugehen, dass die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt auch gegenüber Menschen weiterhin gering sein wird. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Radikalisierung der linksextremistischen Szene in Niedersachsen 2021 auf gleichbleibend hohem Niveau bewegen wird.

3.4 Autonome/Postautonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Sitz/Verbreitung	Landesweite Präsenz mit Schwerpunkten in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück
Mitglieder/Anhänger/ Sympathisanten	Bund: Niedersachsen: 760 ↗
Publikationen	„Alhambra“, Oldenburg (unregelmäßig) „autonomes Blättchen“, Hannover (unregelmäßig)
Finanzierung	Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Spenden sowie Solidaritätsveranstaltungen, keine Mitgliedsbeiträge

Kurzportrait/Ziele

Das Ziel autonomer Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen auch gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Die autonome Bewegung kennt dabei keine mit kommunistischen Organisationen vergleichbare einheitliche und dogmatische Ideologie. Ihr Weltbild setzt sich vielmehr aus kommunistischen und anarchistischen Elementen zusammen. Die verschiedenen Gruppen der autonomen Bewegung finden sich über Aktions- und Themenfelder zusammen, die sich zu einem erheblichen Teil an aktuellen politischen Ereignissen und Problemfeldern orientieren. Diese Vorgehensweise soll dazu beitragen, den autonomen Widerstand öffentlich besser zu vermitteln, um so bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger zu werden. Gegenwärtig sind die Themenfelder „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antigentrifizierung“, „Antimilitarismus“ und vor allem der Klimaschutz für das autonome Spektrum in Niedersachsen von Bedeutung. Die autonome Szene sieht sich seit mehreren Jahren mit der Problematik konfrontiert, dass sie aufgrund interner Streitigkeiten, mangelnder Organisationsfähigkeit und einer oftmals brüchigen Vernetzung nur unzureichend agieren kann. Um diesem Umstand etwas entgegenzusetzen, haben sich bundesweit sogenannte postautonome Zusammenhänge etabliert, die mit langfristigen Bündnisstrukturen versuchen, die „Autonomen“ aus der auch von ihnen selbst beklagten Krise zu holen. Für Niedersachsen sind dabei vor allem die „Interventionistische Linke“ (IL) und das Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG) relevant.

„Die Postautonomen“

Autonome Gruppierungen sind nicht wie kommunistische Organisationen von einer einheitlichen Ideologie geprägt. Sie verknüpfen vielmehr Elemente kommunistischer und anarchistischer Weltbilder miteinander. „Autonome“ im klassischen Sinne verstehen sich zwar auch als undogmatische Linke und streben wie die Vertreter der orthodoxen bzw. dogmatischen K-Gruppen⁷³ die sozialistische Revo-

⁷³ Der Begriff „K-Gruppen“ ist eine Sammelbezeichnung für politische Gruppierungen wie den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) oder die MLPD, die sich seit dem Ende der 1960er Jahre am Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung orientieren und sich die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel gesetzt haben.

lution an, beantworten die „Organisationsfrage“ aber anders. Sie lehnen eine staatliche Ordnung und jegliche Form von Macht- und Herrschaftsstrukturen wie Hierarchien ab und sprechen sich für die Selbstorganisation des Zusammenlebens aus.

Schon seit Jahren leidet die autonome Szene sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen unter internen Streitigkeiten und einer hohen Fluktuation. So existieren autonome Gruppierungen oftmals nur kurzfristig und haben Probleme, ihre Akteure zu motivieren. Verantwortlich dafür sind vor allem ungelöste Organisationsdebatten und eine theoretische Orientierungslosigkeit. Diese Entwicklung hat die „Autonomen“ in eine substanzielle inhaltliche und strukturelle Krise gestürzt. Teile der autonomen Szene reflektieren diese Missstände schon seit längerem und versuchen, für konkrete Projekte Gruppenstrukturen und Netzwerke aufzubauen. Diese sich oftmals als postautonom bezeichnenden Gruppierungen verstehen sich nach wie vor als „Autonome“, auch wenn sie sich in einigen Punkten von diesen unterscheiden. Ihre Politik ist langfristiger angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte. Sie wollen sich organisieren, vernetzen und betreiben innerhalb des autonomen Spektrums eine strategische Bündnisorientierung mit einer breiten Öffnung ins demokratische Spektrum und zu bislang unpolitischen Bevölkerungsschichten. Dort wollen sie für einen Bruch mit dem Kapitalismus und den ihn nach Meinung der „Autonomen“ schützenden demokratischen Rechtsstaat werben. Ideologisch orientieren sie sich an marxistisch-leninistischen Weltbildern. Sie verzichten aber bewusst auf eine exakte ideologische Festlegung und somit auf eine dogmatische Interpretation der marxistischen und anarchistischen Klassiker. Diese ideologische Unverbindlichkeit macht es ihnen möglich, sich auf der Basis von Minimalkonsensen bis weit in orthodoxe, aber auch nichtextremistische Kreise zu vernetzen. So wollen sie in einem langfristigen Prozess die herrschenden Verhältnisse überwinden und eine kommunistische Gesellschaft errichten. „Postautonome“ greifen deshalb aktuelle politische (Krisen-)Themen auf, die bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind und versuchen, über deren gezielte Zuspitzung möglichst viele Personen zu erreichen und mittelfristig zu radikalisieren. So waren sie beispielsweise im Jahr 2020 an den bundesweiten Protesten gegen den Braunkohleabbau und für den Klimaschutz beteiligt.

„Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL ist zurzeit das bedeutendste postautonome Bündnis. Sie entstand 1999 als eine „strategische Verabredung“ undogmatischer Linksextremisten verschiedener Strömungen. In sogenannten Beratungstreffen fanden sich Gruppierungen und Einzelpersonen zusammen, um Überlegungen anzustellen, wie die Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit der „radikalen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland erhöht werden könne. Ab 2004 wurden diese Treffen gezielt für linksextremistische Gruppen aus dem postautonomen Spektrum geöffnet. Es entstand ein bundesweit agierendes Netzwerk aus linksextremistischen Gruppierungen und Einzelaktivisten, dem in geringem Maße auch nichtextremistische Personen angehörten. Dem folgte ab 2010 eine intensive Organisationsdebatte, die mit einem von der IL herausgegebenen „Zwischenstandspapier“ vom 11.10.2014 die Umstrukturierung der IL von einem Netzwerk zu einer Organisation abschloss.

Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, geben sich ihre Akteure ideologisch bewusst undogmatisch. Zugleich bemühen sie sich um ein gemäßigteres äußeres Erscheinungsbild, als es sonst in der autonomen Szene üblich ist. So sind ihre Protagonisten beispielsweise bei Demonstrationen bereit, auf szenetypische Kleidung und die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Dabei handelt es sich jedoch um ein rein taktisches Verhalten, hinter dem sich eine latent vorhandene Militanz verbirgt, wie die IL in ihrem „Zwischenstandspapier“ deutlich macht:

„Unsere Mittel und Aktionsformen, defensive wie offensive, bestimmen wir also strategisch und taktisch in den jeweiligen Situationen. ... Es geht uns darum, die kollektive Fähigkeit herzustellen, die Wahl der Mittel nach unseren Zielen selbst zu bestimmen.“

(Internetseite der IL, 16.09.2020)

Aus diesem Grund kann die IL eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, den dogmatischen Linksextremisten und dem demokratischen Protest einnehmen. Das ermöglicht ihr, Bündnisse bis in die Mitte der Gesellschaft zu schmieden, und Mobilisierungserfolge zu erzielen. Zugleich unterstreicht diese Entwicklung die wachsende Bedeutung des Netzwerkes für die gesamte linksextremistische Szene, deren Erfolg bei

Protestveranstaltungen zu einem nicht unerheblichen Teil von der Organisationsfähigkeit der IL abhängt. Ihre verfassungsfeindliche Ausrichtung bringt die IL u. a. in ihrem Selbstverständnis zum Ausdruck. Darin macht sie deutlich, dass es ihr nicht um grundgesetzkonforme reformerische Veränderungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems geht, sondern um die revolutionäre Überwindung des demokratischen Rechtsstaates:

„Wir wollen eine radikale Linke, die aktiv nicht nur gegen die Zumutungen und Grausamkeiten, sondern gegen den Kapitalismus insgesamt kämpft, die dabei immer wieder neue Allianzen sucht, die Brüche vertieft und Chancen ergreift, die lieber Fehler macht und aus ihnen lernt, anstatt sich im Zynismus der reinen Kritik zu verlieren. Wir wollen eine radikale Linke, die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung, Diskriminierung orientiert. Kurz: Wir wollen eine neue, gesellschaftliche radikale Linke, die um politische Hegemonie ringt und Gegenmacht organisiert.“

(Internetseite der IL, 16.09.2020)

Gegenwärtig bestehen in 29 deutschen Städten⁷⁴ sowie in Graz (Österreich) Ortsgruppen der IL, zwei davon in Niedersachsen (Göttingen und Hannover). Die IL folgt eigentlich dem Prinzip, wonach pro Stadt nur eine Ortsgruppe bestehen soll. In Göttingen ist diese Ausrichtung jedoch bislang nicht angenommen worden. Dort sind die beiden Gruppierungen „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.) und „Basisdemokratische Linke“ (BL) weiterhin eigenständige Mitglieder der IL.



⁷⁴ An folgenden deutschen Standorten gibt es IL-Ortsgruppen: Aschaffenburg, Berlin, Bielefeld, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Freiburg, Göttingen, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Leipzig, Lübeck, Mannheim, Marburg, München, Münster, Norderstedt, Nürnberg, Rostock, Stuttgart, Tübingen.

Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG)

Ein weiteres postautonomes Bündnis mit niedersächsischer Beteiligung stellt das Bündnis uG dar. In ideologischer Abgrenzung zur antiimperialistisch ausgerichteten IL ist das Bündnis uG dem antideutschen Lager zuzurechnen.⁷⁵ Folgt man der Selbstdarstellung des Bündnisses, so wurde es 2006 gegründet, um „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen.“ Nach eigener Aussage geht es dem Bündnis uG dabei nicht nur um eine „Kritik, für die es weder Institutionen noch Parlamente noch feste Verfahren“ gebe, sondern auch um die „Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer“. Das postautonome Bündnis strebt nach einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft. Wie diese Gesellschaftsform konkret aussehen soll, bleibt jedoch, wie so oft im Linksextremismus, äußerst diffus.

Das Bündnis uG ist derzeit in neun deutschen Städten⁷⁶ sowie in Wien (Österreich) organisiert. Die Gruppierung „Redical [M]“ ist „eine kommunistische und antinationale Gruppe“ aus Göttingen.



Antiimperialisten und Antideutsche

Die sogenannten Antideutschen bildeten sich mit Beginn der 1990er Jahre vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremistischer Übergriffe auf Migranten als eine neue Strömung innerhalb des autonomen Spektrums heraus. Ideologisch wenden sie sich gegen einen vermeintlichen deutschen Nationalismus. Mit der deutschen Wiedervereinigung befürchteten ihre Aktivisten ein Erstarken des Nationalismus innerhalb der vereinigten Bundesrepublik und die Entstehung eines „IV. Reichs“ durch die Rückkehr zum Nationalsozialismus.

Im Zuge der Golfkriege von 1990 und 2003 solidarisierten sich die Antideutschen bedingungslos mit dem Staat Israel und sei-

⁷⁵ Zur Erläuterung der Begriffe „antiimperialistisch“ und „antideutsch“ siehe die Ausführungen im folgenden Abschnitt „Antiimperialisten und Antideutsche“.

⁷⁶ In folgenden deutschen Städten gibt es Gruppierungen, die im Bündnis uG organisiert sind: Bremen, Berlin, Dresden, Göttingen, Köln, Frankfurt am Main, Leipzig, München, Münster.

ner Schutzmacht, den USA. Eine für „Autonome“ ungewöhnliche politische Haltung, da sie prinzipiell staatliche Strukturen, Institutionen und Repräsentanten ebenso ablehnen wie das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und jegliche Form von Militär. Aufgrund dieser Widersprüchlichkeit kam es zum Bruch zwischen den Antideutschen, die bislang immer nur eine Minderheitenposition innerhalb des autonomen Spektrums vertraten und vertreten, und den die autonome Szene dominierenden sogenannten Antiimperialisten mit ihrer ausgeprägten antiwestlichen, insbesondere antiamerikanischen und antiisraelischen Haltung. Dieser ideologische Bruch vollzieht sich nicht nur im autonomen, sondern auch im postautonomen Spektrum. So ist beispielsweise die IL mit ihren niedersächsischen Ablegern in Hannover und Göttingen als antiimperialistisch zu charakterisieren, während das Bündnis uG eindeutig antideutsch geprägt ist.⁷⁷ Nicht selten führen diese Diskrepanzen zur Lähmung der politischen Arbeit innerhalb der autonomen bzw. postautonomen Szene, da beide Seiten nur bedingt dazu bereit sind, miteinander zu kooperieren.

Autonome Gewalt

„Autonome“ kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Die autonome Gewaltbereitschaft basiert dabei auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und seine Repräsentanten sowie Rechtsextremisten, aber auch szenekritische Wissenschaftler zählen. Politisch motivierte Gewalt dient Autonomen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die angestrebte herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der demokratische Rechtsstaat als Garant der bisherigen Ordnung beseitigt werden. Gewalt hat für „Autonome“ immer eine Außen- und eine Binnenwirkung. Nach außen dient sie u. a. dazu, öffentliche, insbesondere mediale Aufmerksamkeit zu erregen und Unterstützung für die eigenen Positionen zu finden. Darüber hinaus soll sie die Kosten für bestimmte politische Entscheidungen so in die Höhe

⁷⁷ Die beiden Göttinger Gruppen „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.) und „Basisdemokratische Linke Göttingen“ (BL) sind Teil der antiimperialistisch ausgerichteten IL, während die „Redical [M]“ die Göttinger Ortsgruppe des antideutsch ausgerichteten Bündnisses uG bildet. In Hannover gibt es eine IL-Ortsgruppe Hannover, die zum Bündnis uG gehörende Gruppierung „Fast Forward Hannover“ hat sich aufgelöst.

treiben, dass diese politisch nicht mehr durchsetzbar sind.⁷⁸ Zugleich wirkt die Gewalt nach innen integrations- und identitätsstiftend für die jeweiligen Bezugsgruppen. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei ist der förmliche Ritterschlag für den einzelnen „Autonomen“, denn sie befördert seinen Aufstieg in den formal nicht existenten Hierarchien innerhalb seiner Bezugsgruppe. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Gewalt – wie auch in anderen Extremismusbereichen – ästhetisiert und heroisiert wird. So stilisieren sich „Autonome“ gern auf Fotos und Plakaten als „lonesome cowboy“ oder „streetfighter“ vor brennenden Barrikaden oder Autos sowie vor Polizeireihen. Dadurch zeigen sie zugleich die Faszination, die Gewalt auf sie ausübt. Gewalt wird somit zu einem unverzichtbaren Lebensgefühl. In manchen Situationen herrscht sogar eine regelrechte Gewaltbegeisterung, denn „es macht einfach Spaß, den Bullen eins in die Fresse zu hauen ...“ wie es in einem ihrer Selbstzeugnisse heißt.⁷⁹

Um die von „Autonomen“ ausgehende Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich den für sie und die „Postautonomen“ geltenden Gewaltbegriff vergegenwärtigen. Dem linksextremistischen Verständnis nach üben die „kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ Gewalt gegen ihre Bürger aus: sie stellen eine auf gesellschaftlichen Strukturen, Werten, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ gegenüber den Bürgern dar und hindern diese daran, sich ihren Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei entfalten und somit selbst verwirklichen zu können. Aus dieser so empfundenen „Gewalt des Systems“ leiten „Autonome“ und sonstige gewaltbereite Linksextremisten quasi ein Naturrecht auf gewaltsamen Widerstand ab. Linksextremistische Gewalt versteht sich demzufolge als „Gegengewalt“, als ein reaktives und da-

78 Die Castor-Transporte sind hierfür ein gutes Beispiel. Ihre Gegner wussten, dass sie die Züge mit den Castoren auf den Weg ins atomare Zwischenlager nach Gorleben nicht aufhalten können. Durch Blockaden und Schotter-Aktionen versuchten Teile von ihnen aber, die Transporte möglichst lange aufzuhalten. So wollten sie die Kosten für die Castor-Transporte in die Höhe treiben in der Hoffnung, dass sie irgendwann allein aus Kostengründen nicht mehr durchführbar sein würden.

79 A.G. Grauwacke, *Autonome in Bewegung*. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin 3. Auflage 2003, Seite 148.

durch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

„Postautonome“ teilen zwar grundsätzlich das autonome Gewaltverständnis. Im Gegensatz zu den „klassischen“ „Autonomen“ ist ihr Verhältnis zur Militanz aber vor allem taktischer Natur. Einerseits distanzieren sie sich von der Anwendung von Gewalt, um so das demokratische Spektrum als potenziellen Bündnispartner und ihre Scharnierfunktion zwischen den extremistischen und nichtextremistischen Milieus nicht zu gefährden. Andererseits betonen sie, es gehe ihnen darum, die Wahl der Mittel entsprechend den eigenen Zielen selbst zu bestimmen. Ein eindeutiges „Nein“ zu jeglicher Form der Gewalt gibt es von ihnen nicht.

Vor diesem Hintergrund wird schon seit geraumer Zeit in der links-extremistischen Szene eine Debatte über das Für und Wider von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen geführt. In dieser „Militanzdebatte“ geht es nicht um ein Ja oder Nein zur Gewalt an sich. Einzig die Legitimität der Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen und nicht allein gegen Sachen wird diskutiert. Da Gewalt dem autonomen Verständnis nach politisch für diejenigen vermittelbar sein soll, die man befreien will, wird bislang gezielte Gewalt gegen Menschen mehrheitlich abgelehnt. Davon ausgenommen sind aber Polizeibeamte und Rechtsextremisten. Sie gelten als das personifizierte Feindbild eines jeden „Autonomen“, ihnen werden Menschenwürde und Grundrechte abgesprochen. Gewalt gegen sie gilt als legitim und vermittelbar und wird zumindest billigend in Kauf genommen.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Gemeinsames Ziel aller autonomen Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen auch gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Hiermit richten sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und sind demnach verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Auswirkungen der „Corona-Pandemie“ auf Aktivitäten und ideologische Überlegungen der autonomen Szene in Niedersachsen

Wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie waren Demonstrationen weitgehend untersagt und die maßgeblichen Autonomen Zentren in Niedersachsen mussten schließen. Bundesweite Großereignisse wurden abgebrochen oder auf unbestimmte Zeit verschoben.

Teile der autonomen Szene begannen in dieser Zeit, sich theoretisch mit den Ursachen und Wirkungen der Corona-Pandemie aus ihrer Sicht auseinander zu setzen. So veröffentlichte das antideutsch ausgerichtete postautonome Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG) am 29.03.2020 ein „Statement zur Corona-Krise“ auf einem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal. Seiner Meinung nach hat das Virus „eine kapitalistische Produktionskrise und zugleich eine Krise der Gesellschaft, genauer: der gesellschaftlichen Reproduktion ausgelöst.“ Das Virus sei aber

„nur der Auslöser, auf den der immanent krisenhafte Kapitalismus mit seiner latenten Finanzblase, seiner industriellen Überakkumulation und seinen fragilen Lieferketten nun mit empfindlicher Unterbrechung der Produktion reagiert.“

Ihr kapitalismuskritisches Fazit lautet daher: „Die Ausbreitung des Coronavirus ist letztendlich Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise in Landwirtschaft und Tierhaltung.“ Die staatlicherseits ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung werden vom Bündnis uG als ein „Rückzug ins Nationale“ verstanden. Aus diesem Grunde ist es für das Bündnis uG

„... in der jetzigen Situation das Wichtigste, den grassierenden Nationalismus der Selbstsorge zu durchbrechen und sich für diejenigen einzusetzen, die weder Pass noch Krankenkarte haben ...“,

also für Flüchtlinge, insbesondere für diejenigen, die auf den griechischen Inseln gestrandet sind. Generell sieht das Bündnis uG „tiefgreifende Veränderungen“ auf die Gesellschaft zukommen, die „nur durch gutorganisierte Kämpfe gewonnen“ werden können. Um diese Kämpfe zu forcieren, will es ganz im Sinne der postautonomen Strategie und Bündnispolitik an die „Debatten um Care-Revolution, Frauenstreik und die Arbeitskämpfe der Beschäftigten

im Gesundheitswesen anknüpfen.“⁸⁰ Die „vielerorts entstehenden Nachbarschaftshilfen“ sollen politisiert und zu solidarischen Stadtteilstrukturen ausgebaut werden. Gegen die „autoritäre Seuchenverwaltung im Dienste von Wirtschaftsstandort und Wettbewerb“ will das Bündnis uG letztlich den „Kommunismus als Gegenmacht von unten“ setzen.

Die „Interventionistische Linke“ (IL) hat auf ihrer Internetseite einen Debattenblog zur „Coronakrise“ eingestellt, um ihren Aktivist*innen die Gelegenheit zum Austausch in Zeiten einer Kontaktsperre zu geben. In ihrem Papier „Was tun in Zeiten von Corona?“ fordert sie u. a., dass die IL auch in Coronazeiten handlungsfähig bleiben muss. Um diese Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, möchte sie „unsere Kommunikation umstellen und überhaupt aufbauen, Strukturen zur Koordinierung neu schaffen, die Geschwindigkeit unseres Reaktionsvermögens erhöhen.“ Sie fordert, künftig „Demos mit Abstandhalten und Mundschutz und Handschuhen“ und konstatiert erfreut: „Nie war es so einfach, sich zu verummummen.“ Zukünftig hält sie es für unabdingbar, mit „digitalen Widerstandspraxen Erfahrung [zu] sammeln, Serverblockaden [zu] organisieren ... ohne den öffentlichen physischen Raum“ aufzugeben. Abschließend hält sie im üblichen linksextremistischen Tenor als ein Ziel fest, „die Grausamkeit der Funktionalität der kapitalistischen Globalisierung offen[zulegen].“

Wie das Bündnis uG, so sieht auch die IL die Ursachen der Coronapandemie in der kapitalistischen Produktionsweise. Für den Moment ist man bereit, die restriktiven staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus weitgehend mitzutragen und sich mit öffentlichen Aktionen zurückzuhalten, weil man die Bekämpfung des Virus für notwendig erachtet. Schon jetzt scheint eine strategische Vorgehensweise für die Zeit nach der Coronapandemie festzustehen: der verhasste Staat soll dann verstärkt in der digitalen

⁸⁰ In diesen Debatten geht es um den Kampf gegen Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge und um neue Modelle von Sorge-Beziehungen. Diese sollen nicht auf Profitmaximierung orientiert sein, sondern die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Ressourcen sollen dabei nicht nach rassistischen, geschlechtlichen oder klassenbezogenen Strukturierungen verteilt werden.

Welt, z. B. durch Serverblockaden, attackiert werden. Der Beitrag spiegelt zwar nur die Einzelmeinung einer IL-Aktivistin wider, es liegt aber nahe, dass vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie die linksextremistische Szene die Auseinandersetzung mit dem Staat verstärkt auch in den digitalen Raum verlegen könnte.

Aktionsfelder

Kampf gegen Faschismus

Zentrales Anliegen der „Autonomen“ ist der Kampf gegen Faschismus bzw. der „Antifaschismus“, einhergehend mit dem für sie damit untrennbar verbundenen Kampf gegen den Kapitalismus. Unter Rückgriff auf die von dem damaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale (Komintern), Georgi Dimitroff, im August 1935 auf dem VII. Weltkongress der Komintern in Moskau aufgestellten These, wonach der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁸¹ sei, ist der Faschismus dem linksextremistischen Verständnis nach dem Kapitalismus immanent. Faschismus kann deshalb diesem Verständnis nach nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich auch seine Ursache, der Kapitalismus, beseitigt wird. Konsequenter „Antifaschismus“ zielt daher für Linksextremisten zwangsläufig nicht nur auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung, sondern auch auf die „Marionette des Kapitals“, den zu überwindenden demokratischen Rechtsstaat.

Ereignisse im Zusammenhang mit der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Wie in den Jahren zuvor, konzentrierte sich die autonome Szene auch 2020 auf ihre „Antifaschismus-Arbeit“, insbesondere auf die direkte Auseinandersetzung mit der AfD. Pkws und Wohnhäuser von AfD-Angehörigen stellten Angriffsziele der autonomen Szene dar, aber auch Körperverletzungen wurden begangen. So beleidigten unbekannte Täter am 14.05.2020 in Emden ein Mitglied der AfD. Im Verlauf der Auseinandersetzung stach einer der Täter das Opfer

⁸¹ Georgi Dimitroff, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus*, in: ders., *Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften*, Leipzig 1982, Seiten 49–136, hier Seite 52.



mit einem Messer in den rechten Hüftbereich, wodurch das Opfer eine drei Zentimeter tiefe Wunde erlitt. Am 27.01.2020 attackierten im Rahmen der alljährlichen Gedenkfeier zur Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau in der KZ-Gedenkstätte Schillstraße 25 in Braunschweig Linksextremisten einen AfD-Funktionär, schubsten ihn, zerrten an ihm und versuchten ihn abzdängen. Gegen fünf Beteiligte wurde von Amts wegen Anzeige erstattet.

Vor allem das AfD-Büro in der Hildesheimer Innenstadt geriet 2020 in den Fokus von Linksextremisten. So sprühten unbekannte Täter am 11.03.2020 mit schwarzer Graffiti-Farbe den Schriftzug „FGHT NZS“ („Fight Nazis“) an das Schaufenster des Büros. An der Fensterscheibe des daneben befindlichen Kosmetikstudios wurde „FCK NZS“ („Fuck Nazis“) gesprayt. Am 01.05.2020 besprühten unbekannte Täter mit weißer Farbe das Schaufenster sowie die Glasscheibe der Eingangstür des Hildesheimer AfD-Büros abermals mit den Schriftzügen „Fght AfD“ („Fight AfD“) sowie mit den Parolen „No Nazis“, „161“ („Antifaschistische Aktion“) und einem Antifa-Zeichen. In der Nacht vom 15. auf den 16.10.2020 beschmierten unbekannte Täter erneut die Eingangstür und eine Fensterscheibe des AfD-Büros mit Farbe und dem Schriftzug „ZONA Antifa“ sowie dem Antifa-Zeichen. In der Nacht vom 20. auf den 21.10.2020 traf es das Büro der AfD erneut. Diesmal wurden mittels blauer Farbe die Worte „Kein*er mag euch verpisst euch! Zona Antifa“ an die Fensterscheibe sowie die Abkürzung „ACAB“ („All Cops

Are Bastards“) an die Eingangstür des Fraktionsbüros gesprüht. Zwischen dem 12. und 14.11.2020 wurden abermals die Fensterscheibe und die Eingangstür des AfD-Büros mit dem Tag „FCK AFD“ („Fuck AFD“) besprüht. Auch sogenannte Outing-Aktionen prägten weiterhin die Auseinandersetzung mit der AfD. So veröffentlichte ein unbekannter Verfasser am 15.01.2020 die privaten Anschriften von AfD-Mitgliedern im Internet.



Einen Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der AfD stellten die Proteste gegen den Landesparteitag der niedersächsischen AfD dar, der am 12. und 13.09.2020 im Millennium Event Center am Stadtrand von Braunschweig mit etwa 600 angemeldeten Teilnehmenden stattfand. Gegen die Durchführung des Parteitages formierte sich breiter gesellschaftlicher Protest. So meldeten u. a. das Braunschweiger „Bündnis gegen Rechts“ und die Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Braunschweig Gegendemonstrationen an. Darüber hinaus riefen aber auch Linksextremisten wie die zu dem postautonomen Bündnis „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“ (uG) gehörende Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative Braunschweig“ (NIKA-Braunschweig) oder das Autonome Zentrum „Antifaschistisches Café Braunschweig“ zu Protesten auf. Während das Gros der circa 2.000 Demonstrierenden friedlich ihre Kritik an der AfD zum Ausdruck brachte, blockierten hunderte Gegendemonstranten bereits um acht Uhr morgens die Anfahrtswege zu dem Tagungsort. Mutmaßliche Parteitagsteilnehmende wurden von einem „Schwarzen Block“ aggressiv angegangen. Etwa 40 dunkel gekleidete Personen versuchten die Polizeireihen zu durchbrechen, um Angehörige der AfD anzugehen. Ein Bus und mehrere Autos mit Parteitagsgästen blieben in einer Blockade stecken. Unter Einsatz von Pfefferspray, Schlagstöcken und Diensthunden mit angelegtem Beißkorb ermöglichte die Polizei den Delegierten den Zugang zum Veranstaltungsort. Der Parteitag konnte dadurch erst mit zweieinhalbstündiger Verspätung beginnen. Aus einem anschließenden Protestaufzug in der Braunschweiger Innenstadt, an dem circa 1.800 Personen teilnahmen, formierte sich erneut ein etwa 200 Personen umfassender „Schwarzer Block“. Dieser führte im Laufe des Protestaufzuges eine spontane Zwischenkundgebung durch und löste sich wenig später in kleine Gruppen auf. Im Vergleich vor allem zum Bundesparteitag der AfD im Dezember 2017 in Hannover verliefen die Proteste gegen den Landesparteitag in Braunschweig in der Gesamtschau friedlicher. Auch die Mobilisierung des linksextremistischen Spektrums war weniger erfolgreich als zuvor. Sie fand nahezu ausschließlich

in Niedersachsen statt und erreichte eine geringere Teilnehmerzahl aus dem autonomen Spektrum als bei den Protesten gegen die Bundesparteitage der AfD. Zudem verfehlte die autonome Szene ihr eigentliches Ziel, den AfD-Parteitag zu verhindern bzw. entscheidend zu behindern.

Vom 05. bis zum 06.12.2020 führte die AfD Niedersachsen auch ihre Delegiertenversammlung für die Bundestagswahl 2021 im Millennium Event Center in Braunschweig mit 470 Teilnehmenden durch. Gegen diese Zusammenkunft der AfD protestierten etwa 300 Personen aus dem demokratischen und dem autonomen Spektrum. Bereits in den Morgenstunden des 05.12.2020 wurden die Anreisewege der AfD-Delegierten blockiert, so dass das Treffen erst mit erheblicher Verzögerung beginnen konnte. Demonstrierende beleidigten Polizeibeamte und griffen sie z. T. auch tätlich an. Zudem wurden an zwei Einsatzfahrzeugen die Reifen zerstochen.

Links-Rechts-Auseinandersetzungen im Raum Göttingen und Braunschweig

Am 10.06.2020 warfen zwei Rechtsextremisten in Einbeck einen Feuerwerkskörper in den Briefkasten einer Frau, die sich gegen rechtsextremistische Aktivitäten und für die Flüchtlingshilfe engagiert, um sie einzuschüchtern. Unter dem Motto „Menschenrechte statt rechte Menschen“ demonstrierten am 12.06.2020 etwa 300 Menschen gegen rechtsextremistische Umtriebe in Einbeck, darunter auch linksextremistische Gruppierungen wie die „Basisdemokratische Linke“ (BL) und die „Redical [M]“ aus Göttingen. Am 27.06.2020 demonstrierten erneut etwa 350 Personen in Einbeck, diesmal unter dem Motto „Null Toleranz gegen Rassismus und rechte Hetze“. Abermals nahmen auch linksextremistische Gruppierungen wie die Göttinger „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.), die BL und aus Hannover die „Antifa L Hannover“ teil. Im Verlauf der Kundgebung kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.



Am 10.10.2020 führte die Partei „Die Rechte“ in der Einbecker Innenstadt eine Kundgebung durch. Dagegen protestierten unter dem Motto „Solidarisch kämpfen! Neonazi-Gewalt stoppen in Einbeck und anderswo!“ etwa 300 Personen, darunter auch Linksextremisten der zur IL gehörenden Göttinger Gruppierungen A.L.I. und BL sowie der IL-Ortsgruppe Hannover. Als die Rechtsextremisten einen Spontanaufzug begannen, versuchten die Gegendemonstranten (erfolglos) die polizeilichen Absperrungen zu überwinden, um an die Aufzugsstrecke zu gelangen. Dabei sind vier Rauchgranaten,

sogenannte Nebeltöpfe, gezündet worden. Eine weitere Eskalation blieb aus. Es wurden Strafverfahren nach dem Sprengstoffgesetz und wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung eingeleitet. Bereits in der Nacht zum 10.10.2020 hatten unbekannte Täter das Haus einer dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnenden Person mit Farbe beschmiert.



Was Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die Linksextremisten dafür halten, angeht, ist im Jahr 2020 Braunschweig zunehmend in den Blickpunkt gerückt. Neben den Protesten gegen den AfD-Landesparteitag in Braunschweig gab es häufig Übergriffe zwischen beiden Extremismen. So beschädigten unbekannte Täter am 17.05.2020 in Braunschweig in den frühen Morgenstunden mit zwei Steinen die Fensterscheibe eines Mehrfamilienhauses, in dem ein Angehöriger der rechtsextremistischen Szene wohnt. Am Tatort wurden zudem mit Farbe gefüllte Bierflaschen gefunden. Am 25.10.2020 fand am Rand der Stadt



Braunschweig eine Kundgebung mit etwa 200 Personen statt, zu der auch linksextremistische Gruppierungen wie der Szenetreff „Nexus Braunschweig“, die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative Braunschweig“ (NIKA Braunschweig), das „Antifaschistische Café Braunschweig“ und überregional die autonomen Gruppierungen „IL Hannover“, die „Antifa L Hannover“ sowie das „Antifa-Kollektiv*37 Hildesheim“ aufriefen. Eine „Gedenkveranstaltung“ der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der „Jungen Nationalisten“ (JN) am Volkstrauertag (15.11.2020) vor dem Obelisken am Braunschweiger Löwenwall rief 300 Gegendemonstrierende auf den Plan, darunter auch Linksextremisten. Im Rahmen der Abwanderung griffen Versammlungsteilnehmende Polizeibeamte tötlich an. Eine Versammlung der Partei „Die Rechte“ rief am 19.12.2020 in Braunschweig Proteste von etwa 180 Teilnehmenden hervor. Als Gegendemonstrierende versuchten, an den Veranstaltungsort der Rechtsextremisten zu gelangen, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, in dessen Folge ein Strafverfahren wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet wurde.

Am 05.02.2020 wählte der thüringische Landtag mit den Stimmen der AfD den FDP-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten. Kemmerichs Wahl stieß auf breiten gesellschaftlichen Protest und wurde allgemein als Tabubruch im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien empfunden. In zahlreichen deutschen Großstädten fanden Demonstrationen statt, die erst nach Kemmerichs angekündigtem Rücktritt am 06.02.2020 nachließen. Allein in Berlin protestierten mehr als 1.000 Menschen vor den Parteizentralen von FDP und CDU, in Hamburg waren es rund 1.500 Demonstrierende. Auch in Niedersachsen gab es an diesen Tagen Proteste, vor allem gegen Einrichtungen von FDP und CDU, an denen sich auch Linksextremisten beteiligten. In Braunschweig nahmen 200, in Göttingen 800, in Hannover 400, in Hildesheim 50, in Leer 25, in Lüneburg 15 und in Osnabrück 150 Personen an entsprechenden Veranstaltungen teil. Es gab auch Fälle von Vandalismus. So wurden Plakate der FDP zerstört und am Abend des 05.02.2020 an die Fassade des Parteibüros der FDP in Göttingen der Begriff „Verräter“ gesprüht. In Lüneburg zogen Linksextremisten vor die Kreisgeschäftsstelle der FDP mit einer Fackel und einem Plakat mit der Aufschrift „FDP, du mieses Stück Scheiße“.

Kampf gegen Repression

Gewöhnlich wird der Begriff „Repression“ dafür verwendet, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in Diktaturen und autoritären Systemen zu benennen. Linksextremisten übertragen den Begriff auf die innenpolitische Situation in Deutschland. Konkret verstehen sie hierunter die Unterdrückung der individuellen, sozialen und politischen Entfaltung der oder des Einzelnen durch gesellschaftliche Strukturen oder autoritäre Verhältnisse in Deutschland, insbesondere durch Handlungen staatlicher Exekutivorgane. Vor allem der Staat und seine sicherheitspolitischen Einrichtungen wie die Polizei, die Nachrichtendienste und die Justiz, stehen dabei im Fokus der Kritik. Als staatliche bzw. vom Staat gelenkte „Repressionsorgane“ bekämpfen sie nach Meinung von Linksextremisten die Bürger ihres Landes und kriminalisieren sie, während sie zugleich „Faschisten“ also Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die Linksextremisten dafür halten, schützen. Ziel der linksextremistischen „Antirepressions-Arbeit“ ist es, sich selbst als Opfer permanenter Überwachung, Verfolgung und Reglementierung durch den Staat zu stilisieren, um auf diese Weise den demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren.

Im Aktionsfeld „Antirepression“ standen in Niedersachsen im Jahr 2020 staatliche Einrichtungen, insbesondere die Polizei im Mittelpunkt der linksextremistischen Szene:

- Unbekannte Täter warfen in der Nacht vom 05. auf den 06.05.2020 in Seevetal (Landkreis Harburg) zwei Feldsteine gegen die Fensterscheiben der dortigen Polizeistation. Dabei wurde eine Fensterscheibe zerstört, eine zweite wurde beschädigt.
- In Hannover-Davenstedt wurde am 27.07.2020 eine Polizeiwache angegriffen. Dabei zerstörten die Täter mit Steinen die Fensterscheiben der Dienststelle und bewarfen die Fassade mit mit Farbe gefüllten Glasbehältern. Darüber hinaus beschmierten sie das Schild mit der Aufschrift „Polizei“ mit schwarzer Farbe. Die unbekanntenen Täter betonten in einem Selbstbezüglichungsschreiben auf einem auch von Linksextremisten genutzten Internetpor-

- tal, sie hätten aus Hass und Verachtung gegenüber der Polizei die „Bullenwache“ angegriffen. Zugleich begründeten sie ihre Tat mit vier angeblich rassistischen Morden durch die Polizei in Deutschland, rechten Netzwerken innerhalb der hessischen Polizei und „Racial Profiling“ seitens der Polizei. Zugleich hoben sie hervor, dass die Tat sich auch als eine Solidaritätsaktion für alle „politischen Gefangenen“ verstehe.
- Am 14.12.2020 bewarfen unbekannte Täter die Fassade einer unbesetzten Polizeistation in Hannover mit farbgefüllten Flaschen und sprühten die Schriftzüge „ACAB“ („All Cops are Bastards“) und die Zahl „1312“ für „All Cops are Bastards“ an die Wand.

Am 30.07.2020 ist auf dem Baustellengelände für das neue Amazon-Logistikzentrum in Achim (Landkreis Verden) ein Brandanschlag auf einen Kran verübt worden, bei dem die Krankabine und der untere Bereich des Baufahrzeugs vollständig ausbrannten. Dabei entstand ein Sachschaden von mehreren hunderttausend Euro. Auf einigen nationalen wie internationalen von Linksextremisten genutzten Internetplattformen wurde wenige Wochen später ein in verschiedenen Sprachen verfasstes Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht, in dem die mutmaßlichen Täter ihre Tat u. a. mit einer Kritik am Kapitalismus und der Macht der Konzerne legitimierten. Da Linksextremisten die kapitalistische Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik mit dem demokratischen Rechtsstaat gleichsetzen, verstehen sich diese Taten auch immer als antirepressive Aktionen gegen „Staat und Nation“.

Dreieinhalb Jahre nach den Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg fahndet die Hamburger Polizei noch immer nach Beschuldigten. Zugleich stehen weiterhin Prozesse gegen Beteiligte an den gewaltsamen Ausschreitungen an. So wurden im Juli zwei von fünf Angeklagten im sogenannten Elbchausseeprozess, bei dem es um Ausschreitungen an der Elbchaussee am 07.07.2017 ging, wegen Landfriedensbruchs und Beihilfe zur Brandstiftung zu Haftstrafen zwischen einem Jahr und fünf Monaten und drei Jahren verurteilt. Am 03.12.2020 begann vor dem Landgericht Hamburg der erste von mindestens acht Prozessen des sogenannten Rondenbarg-Komplexes. Hintergrund sind die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwi-

schen 150 bis 200 zumeist schwarz gekleideten Demonstrierenden und der Polizei am frühen Morgen des 07.07.2017 im Hamburger Industriegebiet Rondenbarg. Demonstrierende warfen Steine und Pyrotechnik auf die Polizei. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stellten Brandbeschleuniger, Pyrotechnik, Hämmer, Skimasken, Stahlseile und Präzisionszwillen sicher. Aus Solidarität mit den Angeklagten rief die autonome Szene für den Samstag vor dem Prozessbeginn den „Tag X“ aus, um mit Demonstrationen und Aktionen u. a. in Berlin und Braunschweig den Prozessbeginn zu begleiten.

Die „Rote Hilfe“

Die bedeutendste Gruppierung, die sich in erster Linie der „Antirepressions-Arbeit“ widmet, ist der von Linksextremisten getragene Verein „Rote Hilfe e. V.“ (RH). Die RH wurde 1975 gegründet und ist in Göttingen ansässig. Über den Bundesverband hinaus existieren etwa 50 Ortsgruppen bundesweit. In Niedersachsen gibt es mit Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück fünf selbstständige Ortsgruppen.

Die RH versteht sich als „Selbsthilfeorganisation für die gesamte Linke“. Bewusst verzichtet sie darauf, sich von extremistischen Zusammenschlüssen zu distanzieren. Ihre Hauptaufgabe sieht sie im Kampf gegen „staatliche Repression“. Sie bietet Linksextremisten politischen und sozialen Rückhalt und leistet juristische und finanzielle Unterstützung, wenn sie straffällig werden. So gewährt sie Rechtshilfe, vermittelt Szeneangehörigen Anwälte und betreut sie sowohl in Strafverfahren als auch während ihrer Haftzeit. Außerdem stellt sie zu besonderen Veranstaltungen, beispielsweise bei Demonstrationen, sogenannte Ermittlungsausschüsse bereit. Deren Aufgabe besteht darin, sich um Festgenommene zu kümmern und Rechtsanwälte zu vermitteln. Die RH begleitet zudem strafprozessuale Maßnahmen u. a. mit Solidaritätsveranstaltungen und Kampagnen, um auf diese Weise die vermeintliche Repression staatlicher Behörden gegen politische Aktivist*innen zu „entlarven“. So versucht sie, die Vernetzung und den Zusammenhalt der unterschiedlichen linksextremistischen Strömungen zu festigen und zu sichern.



Logo der RH

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen der gewalttätigen Ausschreitungen beim G20-Gipfel initiierte die RH eine eigene Spendenkampagne zur Unterstützung der Tatverdächtigen. Unter dem Motto „United We Stand! – Unsere Solidarität gegen ihre Repression!“ sammelt die RH seit August 2017 Gelder für die anstehenden Gerichtsprozesse, die nach Aussage der RH als „politische Machtdemonstration des Apparats“ zu werten seien. Da das Aktionsfeld „Antirepression“ weiterhin einen hohen Stellenwert innerhalb des linksextremistischen Spektrums, insbesondere in der autonomen Szene, einnimmt, kann die RH seit mehreren Jahren einen bundesweit kontinuierlichen Anstieg ihrer Mitgliederzahlen verbuchen. So sind gegenwärtig bundesweit mehr als 11.000 Personen (2019: 10.000) in der RH organisiert, etwa 900 (2019: 700) davon in Niedersachsen.

Zur Struktur der RH gehört auch das am 18.02.2005 in Umsetzung eines Beschlusses der RH-Hauptversammlung in Göttingen gegründete und dort ansässige Hans-Litten-Archiv, benannt nach einem Rechtsanwalt, der während der Weimarer Republik für die Rote Hilfe Deutschland⁸² tätig war.

Klimaschutz

Der Klimaschutz ist ein Thema, das die Menschheit bewegt. Um der globalen Erderwärmung und ihren Folgen entgegenzuwirken, hat sich in den letzten Jahren eine weltweit agierende Klimaschutzbewegung formiert. Ihr Ziel ist es, Druck auf die Regierungen auszuüben, um den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase drastisch zu verringern. Mit zahlreichen Demonstrationen und sonstigen Protestaktionen will vor allem die nichtextremistische Fridays for Future-Bewegung (FFF) dazu beitragen, dass die im Pariser Klimaschutz-

abkommen vom 12.12.2015 getroffenen Vereinbarungen erreicht werden und die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt wird.



82 Die Rote Hilfe Deutschland existierte von 1924 bis zu ihrer Selbstaflösung 1936.

Neben demokratischen Parteien und Gruppierungen hatten bereits 2019 auch linksextremistische Parteien wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und Organisationen wie die IL zur Teilnahme an den Protesten aufgerufen. Deutlich geringer fielen die Teilnehmerzahlen am diesjährigen Global Climate Strike for Future am 25.09.2020 aufgrund der andauernden Corona-Pandemie aus. Die Proteste erfolgten bundesweit an 400 Orten und erreichten Teilnehmerzahlen vom mittleren zweistelligen Bereich bis etwa 8.000 Personen bei der zentralen Veranstaltung in Berlin. Auch in Niedersachsen demonstrierten in 37 Städten knapp 14.000 Personen, davon etwa 3.000 allein in Hannover.

Bei dezentralen Aktionstagen für den Klimaschutz anlässlich des 5. Jahrestages des Pariser Klimaschutzabkommens wurden am 11.12.2020 Mahnwachen und Fahrraddemonstrationen auch in niedersächsischen Städten abgehalten, so in Göttingen, Lüneburg und Oldenburg. In Hannover blockierten bei einer u. a. von der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“ organisierten Versammlung Klimaaktivisten den Straßenverkehr vor dem Niedersächsischen Umweltministerium. Dabei ketteten sich sechs Personen mit Bügelschlössern und Metallrohren am Straßenrand fest. Bei der Räumung der Straße nahm die Polizei neun Personen in Gewahrsam.

Die globalen Klimastreiktage haben deutlich gemacht, dass Linksextremisten auch in Niedersachsen den Klimaschutz für sich entdeckt haben und seitdem versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen. Dabei folgen sie ihrer Strategie, gesellschaftlich relevante Themen aufzugreifen, um mit diesen bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu werden. Vor allem postautonome Gruppierungen wie die IL versuchen, strategische Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum zu schließen, um dieses für ihre Interessen zu instrumentalisieren und mittelfristig zu radikalisieren. Die IL ist bereits seit längerem ein steuernder Faktor in der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“, das sich vor allem gegen den Braunkohletagebau im nordrhein-westfälischen Garzweiler und in der sächsischen Lausitz ebenso engagiert

wie gegen die Rodung des Hambacher Forsts. Auf ihrer Internetseite beansprucht die IL sogar die Gründungsinitiative von „Ende Gelände“ für sich, wenn sie schreibt:

„Mit Ende Gelände haben wir ein unglaublich großes Ding geschaffen.“

(Internetseite der IL, 25.02.2020)

Vom 23. bis zum 28.09.2020 führte „Ende Gelände“ eine „Massenaktion zivilen Ungehorsams“ im rheinischen Braunkohlerevier mit Blockaden, Aktionen und Besetzungsversuchen durch. Dass für die IL der Klimaschutz nur Mittel zum Zweck ist, macht sie in einem ihrer Positionspapiere deutlich. Dort heißt es:

„Die Macht des fossil-industriell-militärischen Komplex und die Binnen-`Logik` des Kapitals sind nicht voneinander zu trennen. Ziel massenhaften Ungehorsams ist nicht `nur` Be- bzw. Verhinderung konkreter Zerstörungen, sondern selbstverständlich auch Vertiefung und Intensivierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die herrschenden Zustände insgesamt. Eine Klimabewegung wird bei aller Dringlichkeit ihres Anliegens nicht als Ein-Punkt-Bewegung erfolgreich sein können. Sie muss sich vielmehr in Beziehung setzen und verbinden mit weiteren Kämpfen u.a. für Solidarität mit Geflüchteten, Care-Revolution, Recht auf Stadt, gegen Austerität, das herrschende Arbeits- bzw. Prekaritätsregime, Militarismus sowie jegliche weiteren Herrschaftsformen.“

(Internetseite der IL, „Globale Solidarität statt systemischer Wahnsinn“, 24.02.2020)

Auch wenn FFF ohne linksextremistische Einflussnahme entstanden ist, gibt es Linksextremisten in ihren Reihen. So hat sich im März 2019 innerhalb von FFF eine „antikapitalistische Plattform“ namens „Change for Future“ (CFF) gegründet. Darin wirken u. a. die der MLPD nahestehende Jugendorganisation „Rebell“ und die der trotzkistischen Gruppe „ArbeiterInnenmacht“ (GAM) nahestehende gewaltorientierte Jugendorganisation „Revolution“ (REVO) mit. Um „der Kapitalismuskritik mehr Gehör zu verschaffen“ will CFF die „Antikapitalisten“ innerhalb von FFF vernetzen und die „Arbeiterbewegung und FFF“ zusammenbringen.⁸³ Ihre Mitglieder „eint die Einsicht, dass wir zum Lösen der Klimakrise den Kapitalismus über-

⁸³ Internetseite von Rebell: Change for Future – die antikapitalistische Plattform in FFF, Stand: 29. 7. 2020.

winden müssen“⁸⁴, weshalb sich CFF „klar gegen das momentane System“ stellt.⁸⁵

Kampf gegen den Militarismus

Antimilitaristen unterstellen der Bundesrepublik, von ihrer Staatsordnung, Gesellschaftsstruktur und Denkweise her militaristisch zu sein. Ihre Proteste richten sich deshalb vor allem gegen die Bundeswehr und gegen die mit ihr zusammenarbeitenden Unternehmen. Auch Linksextremisten sind in dem Themenfeld „Antimilitarismus“ aktiv. Im Gegensatz zu den nichtextremistischen Antimilitaristen zielen sie mit ihren Protesten und Aktionen über den eigentlichen Anlass hinaus auf die Überwindung des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Neben der im Wesentlichen von Angehörigen des nichtextremistischen Spektrums getragenen sogenannten Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung reklamieren auch der parteipolitisch organisierte Linksextremismus und „Autonome“ – unter ausdrücklicher Einbeziehung für sie typischer militanter Aktionen – das Thema „Antimilitarismus“ für sich. Im Sinne der Militarismustheorie Karl Liebknechts, wonach das Militär im Kapitalismus dazu dient, „kapitalistische Expansionsbestrebungen“ gegenüber anderen Staaten durchzusetzen und im eigenen Land den Kapitalismus und dessen „Ausbeutungsstrukturen“ zu stabilisieren, sehen Linksextremisten in der Bundeswehr und dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO kriegführende Organe zur nationalen und internationalen Durchsetzung „kapitalistischer“ und „imperialistischer“ Interessen. Aus diesem Grund ist die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ziele für die autonome Szene weiterhin von zentraler Bedeutung. Von April bis September 2020 sollte die länderübergreifende Mi-

84 Marxisten bei Fridays for Future: „Wir wollen den Planeten retten und nicht die Profite der Konzerne“, Interview mit Roberto-Antonio Sanchino Martinez, in: www.stern.de, Stand: 29.07.2020.

85 Pressemitteilung von CFF, Internetseite der „Ökologischen Plattform bei DER LINKEN“.

litärübung „DEFENDER Europe 2020“ in Mitteleuropa und somit auch in der Bundesrepublik stattfinden. Daran waren insgesamt 18 Staaten, darunter die USA und Deutschland, mit bis zu 37.000 Soldaten beteiligt. Im Rahmen dieser Übung planten die USA die Verlegung eines Kampfverbandes nach Europa bzw. innerhalb Europas. In Deutschland, Georgien, Polen und den baltischen Staaten sollten in dieser Zeit umfangreiche Manöver stattfinden, darunter ein Großmanöver auf den niedersächsischen Truppenübungsplätzen in Bergen (Landkreis Celle) und Munster (Landkreis Heidekreis). Ab Ende Januar wurde mit der dafür erforderlichen Truppenverlegung nach Europa begonnen. Vor allem gegen das Großmanöver in Bergen und Munster richteten sich Proteste von Antimilitaristen, an denen sich auch Linksextremisten beteiligten. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde das Manöver Mitte März gestoppt und die beteiligten Soldaten in ihre Heimatländer zurückgeführt. Eine größere Protestwelle gegen „DEFENDER Europe 2020“ fiel dadurch aus. Aufgrund der andauernden Beschränkungen durch die Corona-Pandemie fanden 2020 keine nennenswerten Aktionen im Themenfeld „Antimilitarismus“ statt.

Kampf gegen Rassismus

Linksextremisten überspitzen ihre Kritik an bestehenden Asyl- und Flüchtlingsgesetzen und am Handeln von Ausländerbehörden, Polizei und Gerichten zum Vorwurf eines „systemimmanenten“ Rassismus. Staatliche Repräsentanten und Akteure werden damit auf eine Stufe mit Rechtsextremisten gestellt und somit Forderungen nach der Abschaffung des politischen Systems legitimiert. Vor diesem Hintergrund wenden sich Teile des niedersächsischen linksextremistischen Spektrums gegen die bundesrepublikanische Asyl- und Abschiebep Praxis und solidarisieren sich mit von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen.

Das Aktionsfeld „Antirassismus“ hatte im Zuge des Flüchtlingszuzugs in den zurückliegenden Jahren auch innerhalb der autonomen Szene an Bedeutung gewonnen. Waren die Flüchtlingszahlen nach ihrem starken Anstieg 2015 in den Jahren 2016 und 2017 zunächst wieder rückläufig, so stiegen sie im Jahr 2020 erneut an. Entsprechenden Wellenbewegungen ist das Thema „Antirassismus“ innerhalb der autonomen Szene unterworfen. Trotz der coronabedingten Einschränkungen von Protestaktionen fand am 21.03.2020

in Lüchow eine zuvor von der Versammlungsbehörde untersagte Kundgebung mit etwa 30 Teilnehmenden zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ statt. Die aktuelle Versammlungseinschränkung sollte dadurch unterlaufen werden, dass u. a. vor systemrelevanten Geschäften in Lüchow eine bis maximal drei Personen mit Transparenten stehen sollten. Die Staatsanwaltschaft prüfte die Einleitung eines Verfahrens wegen Verstoßes nach § 75 Infektionsschutzgesetz gegen mindestens eine Person, die maßgeblich für den Aktionsaufruf und die Organisation verantwortlich gewesen sein soll.

In der Nacht des 27.09.2020 wurde in Hannover die Fassade des Gebäudes der CDU Region Hannover mit Farbe beworfen und bei der Ausländerbehörde die Scheiben im Bereich des Eingangs zerschlagen. Zu den Anschlägen bekannten sich unbekannte Täter in einem Selbstbeichtigungsschreiben vom 01.10.2020 auf einem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal. Unter der Überschrift „Solidarität mit Moria: Angriff auf Ausländerbehörde und CDU in Hannover“ stellten sie ihre Tat als Reaktion auf die Flüchtlingssituation im mittlerweile abgebrannten griechischen Flüchtlingslager Moria dar, wofür ihrer Meinung nach die „menschenverachtende Flüchtlingspolitik in Europa und hier in Deutschland“ verantwortlich sei. Warum gerade diese Ziele ausgewählt wurden, begründeten sie wie folgt:

„Unsere pure Feindschaft gegen die CDU und die Maschinerie des Asylsystems kommt daher, dass wir sie im Kampf um die Befreiung nur als Gegenposition und Angriffsziel sehen koennen. ... Aus diesen Gruenden haben wir das CDU Buero und die Auslaenderbehoerde stellvertretend für die europäische und deutsche Politik und deren rassistische Maschinerie angegriffen.“

Das Schreiben endet mit der Parole „Wir wollen kein besseres Deutschland, wir wollen gar kein Deutschland.“, was möglicherweise auf einen antideutschen Hintergrund der Täter schließen lässt.

Antigentrifizierung

Wohnraumangel, hohe Mieten, städtebauliche Umstrukturierungen, die Veränderungen von sozial- und wohnräumlich gewachsenen Strukturen und damit einhergehende gesellschaftspolitische

Spannungen sind Themen, die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Menschen bewegen. Die von jugendlichem Rebellentum, alternativem Erscheinungsbild und wirtschaftlichen Nöten geprägten Bewohner von Wohnprojekten, die sich gegen eine Verdrängung aus ihren Wohngebieten wehren, fallen grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes.

Eine andere Situation entsteht, wenn Linksextremisten diese Problematik aufgreifen und versuchen, durch ihren Kampf für die Schaffung und den Erhalt von sogenannten Freiräumen Einfluss auf diese gesellschaftliche Auseinandersetzung zu nehmen. Als „Freiräume“ verstehen Linksextremisten vor allem besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte und selbstverwaltete sogenannte Jugend- und Kulturzentren, die u. a. durch Hausbesetzungen und den Widerstand gegen „Zwangsräumungen“ erkämpft werden sollen. „Freiräume“ sind sozusagen Rückzugsräume für Linksextremisten zur Planung politischer Agitation und (militanter) Aktionen.

Als Teil der Auseinandersetzung um diese sogenannten Freiräume gewinnen in den autonomen Spektren der großen Ballungsräume, wie z. B. in Berlin und Hamburg oder in Leipzig und Bremen die „Kämpfe gegen Gentrifizierung“ zunehmend an Bedeutung. Es werden immer wieder teils schwerwiegende Sachbeschädigungen und Brandanschläge, vorwiegend gegen Immobilienfirmen und Infrastruktureinrichtungen, verübt. Vor allem Wohnungsunternehmen wie Vonovia rücken in diesem Zusammenhang in den Blickpunkt der autonomen Szene. Ihnen wird vorgeworfen, Mieter aus ihren Wohnungen zu verdrängen, um diese dann aufwändig zu sanieren und teuer neu zu vermieten. Im Gegensatz zum demokratischen Protest, der sich gegen die Umgestaltung von Stadtteilen aus Sorge vor damit einhergehenden Mietpreiserhöhungen, zunehmendem Mangel an bezahlbarem Wohnraum und dem drohenden Verlust des originären Stadtteilcharakters richtet, dient diese Auseinandersetzung Linksextremisten als Plattform für ihren Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat. Sie nutzen diese Gentrifizierungsdebatte, um Militanz in die Proteste gegen diese Entwicklung hineinzutragen.

Auch die niedersächsische linksextremistische Szene greift dieses Thema auf. So wurde in der Nacht vom 26. auf den 27.03.2020 die Glasfassade der Hausverwaltungsfirma Delta Fond in Hannover

eingeschlagen. Auf einer auch von Linksextremisten genutzten Internetplattform wurde noch am selben Tag ein Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht, in dem als Grund für diese Tat angeführt wird, dass das Unternehmen „seit Jahren für Verdrängungs- und Entmietungsprozesse verantwortlich ist“. Verstärkt ist mittlerweile auch in Niedersachsen die Wohnungsbaugesellschaft Vonovia in den Fokus von Linksextremisten gerückt. In Lüneburg besprühten unbekannte Täter am 30.04.2020 die Fenster und die Hauswände des Verwaltungsbüros der Vonovia mit Anarchiezeichen und der Parole „Vonovia enteignen“. Unbekannte Täter zerstörten zudem am 15.06.2020 in Hannover die Scheiben eines Vonovia-Fahrzeuges. In einem Selbstbeichtigungsschreiben vom 15.06.2020 auf einem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal bekannten sie sich zu der Tat und betonten:

„Das freut uns und hoffentlich andere, die mit den beschissenen Vermietungspolitiken von Vonovia struggeln müssen. ... Vandalismus in den Straßen! Für eine widerständige Praxis, die sich auch immer wieder in kleinen und großen Sachschäden im Alltag zeigt.“

Am 09.10.2020 räumte die Polizei, begleitet von lautstarken Protesten, das sich als „anarcha-queer-feministisches Hausprojekt“ verstehende und von 57 Personen besetzte Haus in der Liebigstraße 34 im Berliner Stadtteil Friedrichshain. „Liebig 34“ war eines der letzten Symbolprojekte der autonomen Szene in der Hauptstadt. Die Einsatzkräfte mussten sich zu dem verbarrikadierten Gebäude Zutritt verschaffen, um rund 20 Personen aus dem Haus zu führen. Es protestierten etwa 1.000 Menschen gegen die Räumung. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Einsatzkräften und schwarz vermummten Demonstrierenden; vereinzelt wurden Flaschen geworfen. Bei der Räumung wurden elf Polizistinnen und Polizisten verletzt, eine 28-jährige Person ist in Untersuchungshaft genommen worden, weil sie Flaschen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geworfen hatte.

Bundesweit wurde Solidarität für die geräumte Liebigstraße 34 bekundet. Rund 1.700 Demonstrierende zogen durch Berlin und warfen Feuerwerkskörper, Flaschen und Steine gezielt auf Einsatzkräfte. Bis zum frühen Samstagmorgen gingen in der Umgebung des Aufzugs

zwölf Fahrzeuge in Flammen auf. Eine Vielzahl von Fahrzeugen und Schaufensterscheiben anliegender Geschäfte wurden beschädigt. Im Bremer Stadtteil Neustadt besetzte die queer-feministische Gruppe „Rosarote Zora“ ein leerstehendes Gebäude. Eine Gruppe von 15 Personen blockierte in Bochum die Türen einer S-Bahn, um mehrere Graffiti mit Bezug zu den Räumungsmaßnahmen „Liebig34“ in Berlin anzubringen. In Leipzig gab es eine Solidaritätskundgebung.

In Niedersachsen erklärte der „Offene antifaschistische Treff Oldenburg“ bereits im Vorfeld der Räumung:

„Ein Angriff auf die Liebig34 ist ein Angriff auf feministische Freiräume“

(Internetseite des „Offenen antifaschistischen Treff Oldenburg“ vom 09.10.2020)

Am Abend nach der Räumung zogen etwa 70 bis 80 überwiegend schwarz gekleidete und vermummte „Autonome“ durch Hannover. Auf einem mitgeführten Plakat war „Rache für Liebig 34“ zu lesen. Im Verlauf des Aufzuges zündeten sie eine Mülltonne an, besprühten eine Bushaltestelle mit dem Schriftzug „L34“, zündeten Feuerwerkskörper und brannten sogenannte Bengalos ab. Eintreffende Funkstreifenwagen bewarfen die Demonstrierenden mit Farbbeuteln. Gegen fünf Personen wurde wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung und tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte ermittelt. Bereits am Vormittag waren in Hannover offenbar in Zusammenhang mit der Räumung in Berlin drei Mülltonnen im Kreuzungsbereich Liebigstraße/Hammerstraße auf die Fahrbahn verbracht und in Brand gesetzt worden. In Lüneburg versammelten sich in der Nacht auf

den 10.10.2020 etwa 50 vermummte Personen zu einer Spontandemonstration für die Liebigstraße 34. Fünf vermummte Personen zeigten sich ferner in den frühen Morgenstunden des 10.10.2020 unter Abbrennen von sogenannten Bengalos auf einer Straßenüberführung in Lüneburg mit einem Transparent „Defend Liebig34!“.

Hausbesetzungen gab es Ende 2020 auch in Niedersachsen. Im Anschluss an eine Demonstration am 05.12.2020 in Hannover gegen Wohnraumumgestaltung und für Wohnraum für alle mit etwa 500 Teilnehmenden, darunter auch Linksextremisten, besetzten elf Personen ein leerstehendes Gebäude in Hannover-Hainholz. Bereits Anfang November hatten sie angedroht, ein Haus zu besetzen, wenn die Stadt Hannover den Obdachlosen nicht bessere Lebensbedingungen böte. Nachdem sich unter den Demonstrierenden die Hausbesetzung herumgesprochen hatte, löste sich die Veranstaltung auf. Eine Spontandemonstration mit etwa 30 Personen setzte sich allerdings in Richtung des besetzten Hauses in der Schulenburger Landstraße in Bewegung. Dort angekommen, schlossen sich die Teilnehmenden einer Sitzblockade auf der Straße vor dem besetzten Haus an, die in der Spitze bis zu 250 Personen umfasste. Es gab tätliche Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizeibeamten, bei der zwei Personen, eine davon minderjährig, vorläufig festgenommen wurden. Noch am Abend räumte die Polizei das von elf Personen besetzte Haus. Während acht Personen das Haus freiwillig verließen, setzte die Polizei an mehreren Türen schwere Rammen ein, um die drei verbliebenen Besetzer herauszuführen.



Am 28.12.2020 besetzten unbekannte Täter kurzzeitig ein leerstehendes Wohn- und Geschäftshaus in der Göttinger Innenstadt. Sie brachten an der Außenfassade ein Banner an mit der Aufschrift „Gegen die Pandemie der Immobilienhaie, besetzen und aneignen, bezahlbarer Wohnraum für alle, jahrzehntelanger Leerstand, schämt euch“. Außerdem warfen sie Flugblätter auf die Straße, in denen sie

sich gegen die Gentrifizierung positionierten. Als die Polizei eintraf, war das Gebäude bereits wieder verlassen und verschlossen. Auf einer auch von Linksextremisten genutzten Internetseite riefen die Besetzer dazu auf,

„Häuser zu besetzen, Wohnraum anzueignen und dem Spekulationsmarkt zu entziehen. Es liegt an uns, den Druck weiter zu erhöhen.“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Vor dem Hintergrund des immer offensiveren Auftretens rechts-populistischer Parteien und rechtsextremistischer Gruppierungen wird der „Antifaschismus“ weiterhin im Mittelpunkt der Aktivitäten der autonomen Szene in Niedersachsen stehen. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt, vor allem die steigenden Mieten und die Stadtteilumgestaltungen, lassen den Schluss zu, dass das Thema „Antigentrifizierung“ auch künftig einen verstärkten Anklang in der autonomen Szene finden wird und somit auch in Niedersachsen mit weiteren Aktionen zu rechnen ist. Aufgrund der andauernden Popularität der Klimaschutzbewegung, wird der Klimaschutz auch weiterhin von großer Bedeutung vor allem für die postautonome Szene sein. Die Lage der Flüchtlinge in Deutschland und Europa, insbesondere ihre teilweise menschenunwürdige Unterbringung in Flüchtlingslagern wie im griechischen Moria, könnte dazu führen, dass das Themenfeld „Antirassismus“ einen hohen Stellenwert in der autonomen Szene behält. Auch mit der Teilnahme von Linksextremisten an den Protesten gegen Waffenlieferungen an die Türkei und daran beteiligte Rüstungskonzerne ist, abhängig u. a. von der Entwicklung der Situation der Kurden in Nordsyrien, zu rechnen.

Im Fokus des linksextremistischen Agierens werden weiterhin insbesondere die AfD und ihre Aktivitäten in Niedersachsen stehen. Die Wahlerfolge der AfD dürften die Autonomen darin bestärken, langfristig entschlossen gegen den aus ihrer Perspektive faschistoiden demokratischen Rechtsstaat vorzugehen. Generell muss über das gesamte Jahr 2021 mit Übergriffen auf Informationsstände der AfD ebenso gerechnet werden, wie mit Versuchen, Veranstaltungen dieser Partei zu stören bzw. zu verhindern. Körperliche Übergriffe auf einzelne AfD-Funktionsträger sind dabei ebenso wahrscheinlich

wie gezielte Anschläge auf deren Hab und Gut. Vor allem die am 26.09.2021 stattfindenden 20. Wahlen zum Deutschen Bundestag und die für den 12.09.2021 angesetzten Kommunalwahlen in Niedersachsen könnten vor diesem Hintergrund in den Blickpunkt von Linksextremisten geraten und zu einer verstärkten Auseinandersetzung zwischen Linksextremisten und der AfD führen.

Die linksextremistische Szene verübt auch in Niedersachsen kontinuierlich Gewalttaten. Deren Radikalisierung bewegt sich auf einem hohen Niveau, ohne dass dieses gegenwärtig erkennbar weiter ansteigt.

3.5 Anarchisten

Sitz/Verbreitung	Mit Ausnahme der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) existieren in Niedersachsen keine gefestigten anarchistischen Strukturen. Die FAU unterhält in Göttingen und Hannover einzelne Ortsgruppen, zudem existiert eine Jugendgruppe in Göttingen.
Mitglieder/Anhänger/ Sympathisanten	Bund: Niedersachsen: 30 →
Publikationen	„Gai Dao“ (Publikation der Föderation deutschsprachiger Anarchisten; monatlich) „Direkte Aktion“ (Onlinepublikation der FAU; unregelmäßig)
Finanzierung	Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Spenden sowie Solidaritätsveranstaltungen, bei der FAU auch Mitgliedsbeiträge
Kurzportrait/Ziele	Neben dem Kommunismus ist der Anarchismus der zweite grundlegende Ideologiestrang des Linksextremismus. Beide Strömungen setzen sich dafür ein, die bestehende Ordnung zu überwinden. „Anarchisten“ streben die unmittelbare Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung an, in der der Mensch von allen politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen befreit leben kann. Im Anarchismus nimmt die individuelle Freiheit den höchsten Stellenwert ein. Vor diesem Hintergrund negieren „Anarchisten“ sämtliche Hierarchie- und Herrschaftsformen. Zudem sprechen

sie nicht nur dem Staat und seinen Institutionen, sondern ebenso der (sozialen) Marktwirtschaft jegliche Existenzberechtigung ab. Als kleinste Einheit des anarchistischen Zusammenlebens gilt die sogenannte Kommune, im ökonomischen Bereich wird die Gründung föderal strukturierter Genossenschaften und Syndikate angestrebt. Der Anarchismus ist aber keineswegs als geschlossener Theorieblock zu verstehen. Vielmehr verbergen sich hinter dem Begriff verschiedene Strömungen mit z. T. sehr unterschiedlichen Konzepten. Unter den niedersächsischen „Anarchisten“ ist der eher praxisorientierte Anarchosyndikalismus am stärksten vertreten.⁸⁶ Er entstand im 19. Jahrhundert und fußt auf der Idee revolutionärer Basisgewerkschaften. So orientiert sich z. B. die FAU an anarchosyndikalistischen Konzepten.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Gemeinsames Ziel aller anarchistischen Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Hiermit richten sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und sind demnach verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Ereignisse und Entwicklungen

Zu einer der größten anarchosyndikalistischen Gruppierungen in Deutschland zählt die 1977 gegründete „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU). Sie ist eine bundesweite Föderation aus unabhängigen lokalen Einzel- und Branchengewerkschaften, sogenannten Syndikaten, und versteht sich als eine nach basisdemokratischen Prinzipien aufgebaute Gewerkschaft. Das „Allgemeine Syndikat der FAU Hannover“ (AS) ist die einzige gefestigte anarchistische Struktur in Niedersachsen. Sie ist Teil der Lokalföderation FAU Hannover, die wiederum Teil der bundesweiten FAU ist.

⁸⁶ Unter Anarchosyndikalismus versteht man eine gewerkschaftliche Organisation, die auf anarchistischen Prinzipien beruht. Der Anarchosyndikalismus knüpft an die kollektiven, kommunistischen und solidarischen Varianten des Anarchismus an und überträgt diese auf die gewerkschaftliche Arbeit. Er will die Lohnabhängigen nach den Prinzipien von Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Solidarität organisieren.

In den Grundsätzen des AS der FAU Hannover heißt es unter der Überschrift „Die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufbauen“:

„Eine Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft muss an deren Basis ansetzen und setzt Alternativen zu zentralistischen Staatsstrukturen voraus.“

(Internetseite der FAU, 08.10.2020)

Was das AS damit meint, verdeutlicht die FAU in ihrem Selbstverständnis:

„In diesem Sinne verfolgt das Allgemeine Syndikat der FAU Hannover eine sozialrevolutionäre Strategie. Wir zielen also auf eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse ‚von unten‘ ab.“

(Internetseite der FAU, 08.10.2020)

Die „Grundprinzipien des Syndikalismus“ konkretisiert die FAU u. a. in einem Grundlagentext, der ebenfalls auf der Internetseite der Organisation aufrufbar ist. In den beiden Kapiteln „Grundsätze und Ziele“ sowie „Kritik der bestehenden Verhältnisse“ hält die FAU für ihre Arbeit fest:

„Wir streben die Überwindung des Kapitalismus an. ... Wir beziehen uns [dabei] auf die Ideen des Anarchosyndikalismus. ... Kapitalismus ist kein Naturgesetz, sondern lediglich ein von Menschen geschaffenes Verhältnis, das durch kollektives Handeln der Arbeitenden aufgehoben werden kann.“

(Internetseite der FAU, 14.10.2020)

Ihr erklärtes Ziel ist es,

„eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf kollektiver Selbstverwaltung basiert“

(Internetseite der FAU, 08.10.2020)

zu errichten,

In der Praxis bedeutet dieses, dass die FAU „eine libertäre, klassenlose Gesellschaft“ anstrebt, wie sie ebenfalls auf ihrer Internetseite ausführt.

Der von der FAU angestrebte Systemwechsel soll dabei von basisdemokratisch strukturierten Lokal- und Betriebsgruppen organisiert werden, die unter Rückgriff auf direkte und z. T. auch militante Aktionsformen, wie z. B. Fabrikbesetzungen, Streiks und Sabotageaktionen, vor Ort agieren sollen.

Im Rahmen ihrer Gewerkschaftsarbeit setzt sich die FAU für bessere Arbeitsbedingungen ein. Sie unterstützt Arbeiter in prekären Situationen und stellt juristische Hilfe bereit. Mit ihrem Engagement für Gewerkschaftsbelange und ihren Solidarisierungsbekundungen mit streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern versucht die FAU anschlussfähig an demokratische Organisationen zu werden. Zugleich möchte sie auf diesem Wege neue Mitglieder für ihre über diese Themen hinausgehenden systemablehnenden Ziele gewinnen. Neben einer Ortsgruppe in Hannover gibt es seit September 2017 auch eine FAU-Ortsgruppe und eine FAU-Jugendgruppe in Göttingen. Zudem ist die FAU seit 2017 international wieder stärker vernetzt. Nachdem sie nach langjähriger Mitgliedschaft im Dezember 2016 aus der Internationalen ArbeiterInnen Assoziation (IAA) ausgeschlossen wurde, beteiligte sich die Gewerkschaft an mehreren Konferenzen zur Gründung eines neuen internationalen Zusammenschlusses anarcho-syndikalistischer Organisationen.

Weiterhin besteht in Göttingen seit Anfang 2010 die der FAU nahestehende „Anarcho-syndikalistische Jugendorganisation“ (ASJ). Sie ist Mitglied in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen, einem „Zusammenschluss anarchistischer Gruppen, Föderationen, Projekten und Einzelpersonen aus dem deutschsprachigen Raum.“ Auf ihrer Internetseite beschreibt sie sich wie folgt:

„Anarchistischen und syndikalistischen Ideen verbunden, streben wir eine herrschaftsfreie und selbstverwaltete Gesellschaft an.“

(Internetseite der ASJ Göttingen, 14.10.2020)

Die ASJ organisiert in Göttingen regelmäßig öffentliche Abende und beteiligt sich an von Linksextremisten (mit-) initiierten Demonstrationen und Kundgebungen, so auch im Jahr 2020. Neben der ASJ Göttingen agieren im Bundesgebiet noch mindestens drei weitere Jugendorganisationen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Vergleich zu den autonomen bzw. postautonomen Gruppierungen sind anarchistische Organisationen generell von nachrangiger Bedeutung. Allein aufgrund ihrer theoretischen Zersplitterung dürfte sich daran auch künftig kaum etwas ändern. Der Anarchosyndikalismus wird auch im Jahr 2021 der am stärksten wahrnehmbare Teil des anarchistischen Spektrums in Deutschland und Niedersachsen bleiben.